

Dariusz Stola: Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967–1968. [Die antizionistische Kampagne in Polen.] Instytut Studiów Politycznych PAN. Warszawa 2000. 414 S., Abb., engl. Zussf.

Mit diesem Band legt Dariusz Stola erstmals eine umfassende Darstellung über die sog. antizionistische Kampagne von 1967/68 vor, für die er die – heute zum großen Teil zugänglichen – Archivalien sowie Gespräche mit und Mitteilungen von Zeitzeugen ausgewertet und die polnisch- und englischsprachige Erinnerungs- und Sekundärliteratur herangezogen hat. Der Vf. schildert zunächst die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen: den Aufbau „antizionistischer“ politischer Seilschaften im Innenministerium von Mieczysław Moczar, die vertuschte, gegen angebliche Zionisten gerichtete Meuterei in der polnischen Armeeführung (insbesondere der Luftwaffe) und die Auswirkungen des israelisch-arabischen Kriegs vom Juni 1967 auf das unter sowjetischer Hegemonie stehende Polen. Während dessen „Hauptgegner“ – die Bundesrepublik Deutschland und die USA – Israel unterstützten, bekundete die polnische Regierung den unterlegenen arabischen Ländern ihre Solidarität. Nach den Studentenprotesten vom 8. März 1968 an der Warschauer Universität, die sich an einer Verschärfung der Kunstzensur entzündet hatten, gewann die anfangs antiisraelische Agitation und Propaganda bei der Bekämpfung des innenpolitischen Gegners, die vom ersten Sekretär der kommunistischen Partei, Władysław Gomułka, angeführt wurde, rasch an Breitenwirkung. St. macht hier deutlich, daß der Schlag gegen die jüdische Bevölkerung, ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen nicht von langer Hand vorbereitet war (es gab im Innenministerium also offenbar kein „Judenregister“), sondern als das Ergebnis des Zusammenfließens verschiedener politischer, sozialer und kultureller Faktoren anzusehen ist. Wirksam wurde dabei ein Amalgam alter (nationaldemokratischer) und neuer (kommunistischer/stalinistischer) antijüdischer Klischees.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte die in den Nachkriegsjahren allgemeine Tabuisierung eines offenen Diskurses über die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem nationalsozialistischen Judenmord und über die Verwicklung von Kommunisten jüdischer Herkunft in den Aufbau des kommunistischen Macht- und Unterdrückungsapparats. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel (1965) sah ein wachsender Teil der Parteielite Polen zudem als das Ziel einer antipolnischen „Holocaust-Verschwörung“, denn in ihrer verzerrten Wahrnehmung sollte der polnischen Bevölkerung eine Mitwirkung am Judenmord unter der NS-Besatzung zugeschoben werden – hier kam der „deutsche Faktor“ erneut zum Tragen. Polen anklagende Stimmen im westlichen Ausland konnten sich durch die Entwicklung im Land indes nur bestätigt fühlen, denn immerhin war dies der größte organisierte antijüdische, an rassistischen Kriterien orientierte Haßausbruch in Europa nach dem Holocaust.

Über 11 000 als Zionisten Gebrandmarkte mußten – dreißig Jahre, nachdem die Nationaldemokraten die Massenauswanderung der polnischen Juden propagiert hatten – von 1967 bis 1969 aus der Volksrepublik Polen emigrieren, was nahezu der Hälfte der jüdischen Bevölkerung entsprach (S. 213), während die Verbliebenen ihr Leben häufig in Angst und Isolation weiterführten. Der kommunistischen Partei verhalf die Kampagne im Innern zu neuer Popularität, welche die letzten Jahre der Gomułka-Ära überdauerte. In dem überaus nützlichen Anhang (S. 270–385) werden 30 meist erstmals veröffentlichte zeitgenössische Dokumente abgedruckt.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Rainer Eckert: Emigrationspublizistik und Judenverfolgung. Das Beispiel Tschechoslowakei. Verlag Peter Lang. Frankfurt/Main, Berlin u.a. 2000. 346 S. (DM 98.–.)

Der wissenschaftliche Diskurs über die deutsche Emigration und ihre Bedeutung als Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus setzte in der BRD erst spät ein. Trotz jüngerer Forschungsanstrengungen bleiben noch immer verschiedene Bereiche des deutschen Exils zwischen 1933 und 1945 wissenschaftlich unberücksichtigt. Dies gilt u.a.